

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennige  
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennig

Zeugungspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,70 Gulden,  
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden  
monatlich. Anzeigen: die Segele. Zeile 0,80 Gulden, Re-  
klamazeile 1,50 Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,50 Gold-  
mark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen  
nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 152

Mittwoch, den 2. Juli 1924

15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,  
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-  
bestellung und Druckfachen 3290

## Die Konferenz in London.

Die Zulassung Deutschlands. — Frage der militärischen Sicherheit.

Da, wie uns aus London gemeldet wird, inzwischen fast alle Staaten die Einladung zu der Londoner Konferenz angenommen haben, kann der Beginn der alliierten Verhandlungen am 16. Juli endgültig als gesichert gelten. Die Dauer der Konferenz wird in Regierungskreisen auf voraussichtlich mindestens zwei Wochen veranschlagt. Die britischen Dominien werden, um die Teilnehmerzahl der Konferenz nicht zu erhöhen, auf der Konferenz nicht vertreten sein. Ihre Interessen soll MacDonald vertreten. Er wird jedoch angesichts des in der letzten Zeit nachdrücklich ausgesprochenen Wunsches nach aktiverer Mitbeteiligung der Dominien an der britischen Außenpolitik eine engere Verbindung zwischen den Vertretern der Dominien und dem Außenministerium herbeiführen.

Die Form der Zulassung Deutschlands zur Konferenz ist noch nicht gefunden. Voraussichtlich wird der erste Teil der Konferenz ausschließlich mit Verhandlungen der Alliierten ausgefüllt. Nach erfolgter Einigung soll Deutschland eingeladen werden. Die Anwesenheit des deutschen Vertreters in London wird jedoch schon zu Beginn der Konferenz für zweckmäßig erachtet.

In maßgebenden Kreisen wird auf das bestmögliche Verfahren, das die Verhandlungen keinerlei ultimativen Charakter tragen sollen. Der Wunsch, die Konferenz nur auf Beratungen über das Sachverständigengutachten zu beschränken, dürfte nach der Auffassung maßgebender englischer Kreise große Schwierigkeiten entgegenstehen, da Frankreich deutlich seine Absicht zeigt, die Frage der militärischen Sicherheit und der Regelung der interalliierten Schulden auf der Konferenz verhandeln zu lassen.

Der Ministerrat hat den General Balth als Nachfolger des Generals Nollet zum Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin ernannt.

## Günstige Aufnahme in England und Frankreich.

Die deutsche Antwort auf die Note der Botenkonferenz, die durch ihre mutigen Konzessionen an die veränderte Situation nicht nur einen Akt politischer Klugheit darstellt, sondern auch in der Form ungewöhnlich glücklich ist, wird in den maßgebenden englischen und französischen Kreisen als ein Beweis für die Aufrichtigkeit des Willens der deutschen Regierung, den durch das Ministerium Herriot freigelegten Weg der Verständigung zu betreten, im allgemeinen mit großer Genugtuung begrüßt.

Das Urteil der maßgebenden französischen Kreise über die deutsche Note dürfte in großen Zügen der „Temps“ richtig darstellen, der zunächst mit großer Befriedigung konstatiert, daß die deutsche Note keine neuer Forderungen enthält, die ihr von den nationalistischen Blättern zugeschrieben worden waren. Die deutsche Regierung nehme nunmehr vorbehaltlos die Forderung nach einer Generalinspektion an, wovon alle Freunde des Friedens mit aufrichtiger Genugtuung Kenntnis nehmen. Daß die Forderung anbetreffe, daß die alliierten Behörden sich wegen der Modalitäten der Kontrolle mit Deutschland verständigen, so habe sie offenbar zum Ziel, Zwischenfälle zu vermeiden. Das werde leicht sein, wenn die zuständigen deutschen Stellen einigen guten Willen an den Tag legen und vor allem die professionellen Mitarbeiter aufbieten, das Publikum aufzuklären. Auf alle Fälle werde man die Kontrolle möglichst unverzüglich beginnen und so rasch als möglich zu Ende führen.

Von den englischen Zeitungen dürfte der „Manchester Guardian“ zweifellos die Meinung des großen Teiles des englischen Volkes wiedergeben, wenn er erklärt, daß die deutsche Antwort genügend und befriedigend sei. Die Begrenzung der Kontrolle könne von den Alliierten in dem von Deutschland geforderten Sinne angenommen werden und in Kürze eine Milderung der französischen Furcht bringen, denn es sei nicht wahrscheinlich, daß alarmierende Entdeckungen gemacht werden. Gegenüber der französischen Furcht vor illegaler Truppenausbildung stellt das Blatt fest, daß für eine Bewaffnung heute der Stand der Rüstungsindustrie maßgebend sei. Hier werde das Ergebnis der Kontrolle zweifellos zufriedenstellend sein.

## Neue Micum-Vereinbarungen.

Die deutschen Verhandlungen mit der Micum führten gestern nacht zu folgender Vereinbarung: Das Abkommen gilt vom 1. Juli bis zur Inkraftsetzung des Sachverständigengutachtens. Es kann jedoch beiderseits mit jedem Monatsanfang mit einer Frist von 10 Tagen gekündigt werden. Die Bestimmungen des heutigen Vertrages sind dieselben wie diejenigen des Abkommens vom 15. April mit folgender Änderung: a) die laufende Kostensteuer wird auf 10 Pf. festgesetzt; b) die Ein- und Ausfuhrabgaben sowie die Zufuhr- und Abfuhrabgaben der Konzerne und Zechen werden auf die Hälfte herabgesetzt; c) die Vertriebsabgabe für Nebenprodukte wird auf 1 Prozent ermäßigt. Die Lieferung von Nebenprodukten wird auf folgende Hundertteile der Herstellung festgesetzt auf 10 Prozent für Benzol (wie bisher), auf 6 Prozent für Pech (statt wie bisher 10 Prozent), auf 8 Prozent für schwefelhaltiges Ammoniak und die übrigen Nebenprodukte (statt wie bisher 10 Prozent). Die unter a) bis c) festgesetzten Ermäßigungen erhalten rückwirkende Kraft vom 1. Juni an. Für die Streikzeit vom 1. Mai bis 7. Juni einschließlich, wird die für die Reparationsbrennstoffe zu liefernde Menge auf 27 Prozent der Ruhrförderung der Zechen in diesem Zeitraum ermäßigt werden. Der Unterzeichnete des vorstehenden Abkommens hat die Sachverständigenkommission darauf aufmerksam gemacht,

daß die Verlängerung des Abkommens für den Monat August von der Möglichkeit der Finanzierung abhängt. Sie wird in den nächsten Tagen mit der Regierung verhandelt und hat sich der Micum gegenüber vorbehalten, falls diese Verhandlungen eine Finanzierungsmöglichkeit nicht ergeben, den Vertrag alsdann zum 31. Juli zu kündigen.

## Koalitionskrise in Preußen.

In der großen Koalition in Preußen sind zwischen der Volkspartei und dem Zentrum Differenzen ausgebrochen. Vom Zentrum wird die vom Finanzminister Richter (Volkspartei) ausgearbeitete Hauszinssteuer abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei hingegen nimmt gegen verchiedene Verwaltungsgehalte Stellung und soll sogar den Austritt aus der Koalition erwogen haben. Es handelt sich dabei vorzugsweise um die nach rechts tendierenden Bestrebungen in der Volkspartei, um die Sozialdemokratie auszuschießen. Der amtliche Pressedirektor der Deutschen Volkspartei schreibt zu der Krise: Ein großer Teil der Presse ergeht sich in Vermutungen und Behauptungen über einen bevorstehenden Austritt der Fraktion der Deutschen Volkspartei aus der großen Koalition in Preußen. Es ist bekannt, daß eine Reihe von Umständen vorliegt, die das Verbleiben der Deutschen Volkspartei in der bisherigen Regierung aufs Äußerste erschweren oder in Frage stellen. Daß hierüber in der Fraktion eingehend gesprochen wurde, ist selbstverständlich. Beschlüsse sind jedoch noch nicht gefaßt worden. Die Fraktion wird sich alles weitere vorbehalten.

Auch die „Germania“ beschäftigt sich mit der Koalitionfrage in Preußen. Sie kommt auf Grund eingehender Erörterungen zu dem Schluß, daß die Quertreibereien der Rechten mißglückt sind, und daß die Volkspartei nicht daran denkt, aus der Koalition auszuscheiden. Im übrigen schreibt das Zentrumsorgan: „Auch diejenigen Parteien, die

der großen Koalition nur mit einer gewissen Kühnheit schließend ihre Zustimmung geben können, dürften sich doch heute darüber klar sein, daß ihre politischen Leistungen erheblich waren und daß Preußen mit ihr und durch sie im gesamten übrigen Deutschland hat gewinnen können, wie man das bisher fast unmöglich halten mußte. Und es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß Preußen einzig und allein dank der großen Koalition in all den ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Krisen zur wahren Ordnungszelle Deutschlands geworden ist und es bis zur Stunde bleiben konnte. Das bedeutet, außen- und innenpolitisch gesehen, was einmal festgelegt werden soll, eine Leistung, die man geradezu eine historische nennen kann.“

## Deutschlands Finanzmisere.

In einem Interview, das der deutsche Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Vertreter des „Rotterdamischen Kurant“ über die Finanzlage des Reiches gewährte, wies er u. a. darauf hin, daß das Reich bei einem Jahresumsatz von 8 Milliarden Mark nur einen Betriebsfonds von 60 Millionen Mark hat. Er betonte ferner, daß das Budget für 1924 einen Fehlbetrag von 470 Millionen Mark vorweist und fügte hinzu, daß es nur durch größte Sparsamkeit möglich war, bisher die Lasten zu tragen, die Deutschland durch die Besetzung von Rhein und Ruhr sowie durch die Vorenthaltung der dortigen Einnahmen, Steuern usw. entstehen.

Der Damesbericht legt aufs deutlichste dar, daß die deutsche Wirtschaft diese Lasten nicht aufzubringen vermag. Die Lage der deutschen Wirtschaft beginnt sehr ernstlich zu verzweifeln zu werden. Man muß angesichts der zahlreichen Entwürfe auf Stundung oder Erlass der Steuern mit größter Sorge in die Zukunft blicken. Am 1. Oktober 1924 wird das Reich einen Fehlbetrag von 140 Millionen Mark haben, zu dessen Deckung weder neue Steuern noch eine langfristige Anleihe möglich sind. In diesem Betrag nicht eingerechnet ist die jetzt notwendig gewordene Reichsschulden für Reparationsleistungen der Ruhrkohlenindustrie im Juli. Die Reichsregierung beschloß diese Beihilfe nur, um der Welt zu zeigen, daß Deutschland zu äußerster Anstrengung bereit ist, um das Sachverständigengutachten nicht zu gefährden.

## Der Munitionsskandal im Hafen.

Polen gegen Sicherungsmaßnahmen. — Durchsichtige Agitation.

Danzigs Bevölkerung hat die Gefahr der Munitionstransporte in diesen Tagen in neuer verhängnisvoller Form über sich ergehen lassen müssen. Abgesehen davon, daß die Munition schon aus sich heraus außerordentlich große Explosionsgefahren in sich birgt, soll bei der Verladung des Munitionsdampfers „Warta“ nach angeblich durchaus ernst zunehmenden Mitteilungen auch mit expl. kommunikativen Anschlägen zu rechnen gewesen sein. Gegen die auf Grund dieser Mitteilungen von Danziger Seite getroffenen Sicherungsmaßnahmen wird nun von polnischer Seite in scharfer Weise Sturm aufgerufen. Sowohl die „Dankische Presse“ wie auch die „Gazeta Wlanska“ nehmen in fast übereinstimmender Weise gegen die von den Danziger Behörden getroffenen Sicherheitsmaßnahmen Stellung und bezeichnen sie als übertrieben. Demgegenüber ist es notwendig noch einmal kurz die Tatsachen festzustellen:

Bereits früher als der Hafenausgang die Danziger Behörden offiziell davon unterrichtete, daß am 20. Juni ein polnischer Munitionstransport von etwa 500 Tonnen hochexplosiblen Sprengstoffen auf dem Militärtransportdampfer „Warta“ im Danziger Hafen eintreffen werde, hatte der Chef der Militärabteilung des Generalkonsularats der Republik Polen in einem persönlich an den Polizeipräsidenten gerichteten Schreiben mitgeteilt, daß nach „vertrauenswürdiger Mitteilung“ auf diesen Munitionstransport von kommunistischer Seite ein Attentat geplant sei. Sowohl der Hohe Kommissar des Völkerbundes wie der Präsident des Hafenausschusses hatten gleichlaufende, in französischer Sprache gehaltene anonyme Schreiben erhalten, die über einen Anschlag auf den Munitionstransport Mitteilung machten.

Es wäre eine Unverantwortlichkeit gewesen, wenn die Danziger Behörden daraufhin nicht die weitestgehenden Sicherheitsmaßnahmen getroffen hätten. Diese Sicherheitsmaßnahmen sind im einzelnen wie in jedem derartigen Falle von dem Polizeipräsidenten dem Hafenausschuß zur Genehmigung vorgelegt worden. Nach eingehender Besprechung der gesamten Angelegenheit, bei der auch von der polnischen Delegation des Hafenausschusses die Größe der Gefahr anerkannt wurde, erklärte sich der Hafenausschuß mit dem Vorschlag des Polizeipräsidenten und damit auch mit der Sperrung der Hafeneinfahrt für die Dauer der Arbeiten einverstanden.

Wenn von polnischer Seite auch die Verladung von Munition in anderen Häfen ins Feld geführt wird, so sind solche Vergleiche nicht haltbar. Es gibt keinen Hafen der Welt, in dem ein Kriegsschiff unmittelbar innerhalb des Gebietes des Hafenausschusses liegt. Eine Entladung von Munition in einem Handelshafen, wie dies der Danziger Hafen ist, kommt daher in anderen Staaten gar nicht in Frage. Für wie gefährlich die polnische Regierung selber die Entladung der Munition ansieht, geht auch daraus hervor, daß sie hartnäckig daran festgehalten hat, auf keinen Fall die Verladung in Schlingen stattfinden zu lassen, und nicht einmal dazu zu bewegen war, den Eisenbahntransport sofort auf polnisches Gebiet überführen zu lassen, da dadurch die Gefahr der Verladung auf polnisches Gebiet verlängert worden wäre.

Wenn jetzt die ursprünglich teilweise auch von polnischer Seite mit veranlassenen Sicherungsmaßnahmen angegriffen werden, so kann das nur einer Verärgerung entspringen, daß bestimmte polnische Pläne nicht in Erfüllung gegangen sind. Diese liegen zweifellos dahingehend vor, daß Polen hoffte, den Schuß des Hafens in diesem Falle übertragen zu erhalten und so zum ersten Male polnisches Militär nach Danzig zu bringen. Dieses soll in Richtung sogar bereits

zur Verfügung gestanden haben. Der Kerger, daß es nicht dazu kam, ist verständlich. Wenn von polnischer Seite jetzt auch selbst die kommunikativen Attentatspläne als weniger ernsthaft hingestellt werden, so läßt das die Vermutung offen, daß die Anzeichen darüber auch nicht ganz ohne Zusammenhang mit den politischen Wünschen gewesen sind. Jedenfalls kann die Danziger Bevölkerung froh sein, daß sie nach beiden Seiten vor Überraschungen bewahrt geblieben ist. Auch dieser Fall zeigt aber, daß mit diesen Munitionsexperimenten endlich Schluß gemacht werden muß!

## Englands Sorgenkinder.

Aus verschiedenen englischen Dominions liegen bemerkenswerte Ereignisse vor. Entsprechend ihrem Vorschlag über Smuts leben in Südafrika die hochkonservativen Nationalisten und die Labour Party ihre Koalition fort, indem zwei Labourführer, Crewe und Mondell, in das Kabinett eintreten.

In Ägypten verhärtete Saadul seine Demonstration gegen die für ihn offenbar überaus lästige, daß MacDonald ebensowenig wie die früheren Regierungen bereit ist, den Sudan preiszugeben, durch weitere hitzige Reden und ein Rücktrittsangebot, was der König von Ägypten ablehnte.

Aus Indien wird berichtet, daß die Differenzen innerhalb der Samrajpartei auf der Tagung des Exekutivkomitees des allindischen Kongresses in Ahmedabad ziemlich dramatisch zutage traten. Während die gesamte Samrajpartei einig in der Ablehnung der bisherigen Verfassung ist, sind die Auffassungen der Mahatmas von den übrigen Grundrissen dadurch verchieden, daß Mahatma in einer langwierigen sozialen Entwicklung des indischen Volkes der Selbstregierung zutrifft, während die übrigen das indische Volk für eine rasche politische Aktion reif halten. Letztere Gruppe zerfällt wiederum in eine Minderheit, die sich von England loslagern will, und eine Mehrheit, die bei rascher Gewährung der Selbstregierung im Gesamtreich zu verbleiben bereit ist.

Das eigenartige Programm Mahatmas, dessen Mittelpunkt das Spinnrad ist, steht beispielsweise unter Strafe vor, daß jedes Mitglied der Exekutive täglich eine halbe Stunde Garn spinnen muß. Dies lehnten die von Das und Nehru geführten Politiker als lächerlich ab und verließen mit 55 Anhängern die Versammlung, jedoch Mahatma dort eine Mehrheit erlangte. Jedoch wurde die Strafbestimmung aus der Resolution weggelassen, was den Weg für eine weitere gemeinsame Tagung eröffnet. Das praktische Ergebnis der Konferenz dürfte nicht sehr groß werden. In indischen Kreisen glaubt man, daß der Einfluß Mahatmas allmählich sinken werde, weil er der praktischen Gegenwart nicht gerecht werde. Er erklärte bezeichnenderweise, daß er die Gewährung der Selbstregierung durch England nicht wolle.

Der deutsche Anteil an dem Außenhandel Deutschlands. Nach den letztländischen Außenhandelsziffern betrug im April d. J. die Einfuhr nach Deutschland 18 264 252 Rat (Goldfranken). Hieron bestritt Deutschland rund 7 Millionen, Sowjetrußland 2 1/2 und England 2 1/4 Millionen Rat. Die Ausfuhr hatte einen Wert von rund 16 Millionen Rat, wovon Waren im Werte von rund 6 Millionen nach Belgien, fast 5 1/2 Millionen nach England und für 2 1/4 Millionen nach Deutschland gingen.







# Vertagung des Untersuchungsausschusses.

In der Dienstagvormittags-Sitzung wurde Regierungsrat Schimmel über die Verhandlungen im Versicherungsbeirat vernommen, sowie darüber, ob Beschwerden über die Feuerkasse des Herrn Dr. Hund laut geworden seien. Der Zeuge erklärte, daß in der kurzen Zeit, in der er der Abteilung des Senators Jewelowski zugeordnet worden war, die Beschwerden in der Feuerkasse ihm nicht zu Ohren gekommen sind, jedoch später nach Austritt des Senators Jewelowski aus dem Senat. Im übrigen kann er keine weiteren Aussagen machen. Regierungsrat Polli soll über das Schreiben des Dr. Riehm, das an Senator Jewelowski persönlich gerichtet war, und welches die 20.000-Dollar-Angelegenheit betraf, Auskunft geben. Zeuge sagt aus, daß dieses Schreiben von der Präsidialabteilung ausgegangen sei und auf dem üblichen geschäftlichen Weg dem Senator Jewelowski zur Vorlage gebracht sei, kann jedoch nicht bestimmt ausagen, ob J. dieses Schreiben bekommen hat. Zeuge J. weiß auch auf einen in den Akten befindlichen Brief von der Direktion der Lebensversicherungsgesellschaft hin, der auch direkt persönlich an ihn gerichtet, der ihm jedoch nicht persönlich zugeestellt wurde, sondern auf dem geschäftlichen Wege durch seine Abteilung. J. weiß auch weiter hin, daß dieser Brief am 28. 4. 23 abgehandelt worden sei, es aber leicht möglich sei, daß sich die Uebersetzung verzögert habe und er am 6. Mai in Urlaub gegangen sei. Zeuge Polli ist der Ansicht, daß sich kaum ein Beamter wird entsinnen können, wer dies Schreiben des Dr. Riehm dem Senator Jewelowski ausgereicht habe. Bei der Genehmigung der Feuerkasse als öffentlich-rechtliche Körperschaft, die von Dr. Eichert erfolgte, als Senator Jewelowski sich auf Urlaub befand, sei nach der Ansicht des Zeugen Polli ein Vergehen passiert.

Zeuge bestätigt weiter, daß Senator J. nicht die für die Versicherungen besseren Bedingungen der „Danzig“ befehligen wollte, sondern bei der Frage der Vereinheitlichung der Versicherungsbedingungen extra betont habe, daß die für die Versicherungen günstigen Bedingungen bei der „Danzig“ bestehen bleiben sollten. J. habe auch erklärt, daß, wenn es nicht zu einer Einigung unter den Versicherungsgesellschaften beitr. der Vereinheitlichung der Versicherungsbedingungen komme, er auf gesetzlichem Wege vorgehen werde. Es sei jedoch nicht dazu gekommen, da die Versicherungsgesellschaften sich einig hätten. Zeuge ist nicht bekannt, daß Bestrebungen über die Vereinheitlichung des behördlichen Versicherungs-Beirats im Gange waren. Zeuge J. stellt nach den Akten fest, daß der behördliche Versicherungs-Beirat im Dezember 1922 zustande gekommen sei, während Senator Riehm behauptet habe, daß die Errichtung des Beirats erst später erfolgte. Die Errichtung eines Versicherungs-Beirats sei notwendig gewesen, weil in der Freien Stadt Danzig ein

## Wilder Wettbewerb der Versicherungsgesellschaften

eingetreten sei, da nicht weniger als 120 Versicherungsgesellschaften in der Freien Stadt Danzig bestehen, von denen nur ein halbes Duzend Danziger Gesellschaften seien.

Abg. Gwert (J.) fragt, ob der Kampf J. gegen die „Danzig“ ein persönlicher oder sachlicher gewesen sei. Zeuge Polli sagt aus, daß J. nur sachlich tätig gewesen sei und nur in einer Sache gegen die „Danzig“ den Vorwurf der Schiebung erhoben habe. Zeuge bestätigt, daß die Akten über die Gründung der „Danzig“ verschwunden waren. Später sollen sie im Amtszimmer des Senators J. auf einem Aktentisch gefunden worden sein.

Zeuge Polli kann auf Befragen von deutschnationalen Vertretern über die Vorgänge bei der Genehmigung der Umwandlung der Lebensversicherungsanstalt Westpreußen nichts Belastendes für Jewelowski ausagen, die Genehmigung habe Dr. Eichert gegeben.

Als nächster Zeuge wird Regierungsinспектор Silberbrandt vernommen, welcher seinerzeit Sekretär von Jewelowski war. Er soll Auskunft geben über die verschwundenen Akten der „Danzig“ und des Riehmischen Schreibens. Zeuge sagt aus, daß die Akten über die „Danzig“ mehrmals verschwunden waren. Einmal seien die Akten lange Zeit verschwunden gewesen, bis sie eines Tages in der Registratur wieder vorgefunden worden seien. Zeuge Jewelowski sagt aus, daß er die Akten auf seinem Schreibtisch in seinem Dienstzimmer vorgefunden habe. Zeuge Silberbrandt erklärt, daß er die Akten aus der Registratur nach dem Amtszimmer des J. gebracht habe. Zeuge bemerkt auf Befragen, daß er nicht glaube, daß jemand mit Absicht die Akten habe verschwinden lassen, es wäre aber möglich, so erklärt er auf weitere Fragen des Abg. Dr. Bumke, daß außerhalb der Personen sich die Akten angeeignet hätten, da damals der Zutritt zu den Amtsräumen unbefugten möglich war.

## Briefe, die ihn nicht erreichten.

Zeuge sagt ferner aus, daß er bei seinen öftmaligen Nachforschungen nach Akten in der Wohnung des Senators Jewelowski, den fraglichen Brief des Dr. Riehm nicht vorgefunden habe. Es entspinnt sich eine längere Auseinandersetzung, in welcher Abg. Schwegmann die Ansicht vertritt, daß der Brief bei Jewelowski gelegen haben kann, während Jewelowski hinweist, daß der Brief auch nicht am Tage des Abgangs vermerkt, den sonderbarer Weise Dr. Riehm selber gemacht hat, während es sonst üblich ist, daß der Abgangsvermerk vom Registratur gemacht wird, abgehandelt worden ist, sondern erst einige Tage später, als J. sich in Urlaub befand. Dr. Riehm habe auch als Zeuge ausagen müssen, daß er ein Protokoll, das die Abteilung Handel betraf, erst später angefertigt habe, als J. beurlaubt war. Abg. Schwegmann (D. Natl.) will fortwährend Feststellungen machen, welche die Zeugenansagen gerade in das Gegenteil umzukehren versuchen, was vom Vorsitzenden Gen. Kahn energisch zurückgewiesen wird.

## Nicht anzufindenden Aktenstücke.

Vorsitzender Gen. Kahn teilt darauf mit, daß die Präsenzliste über die Verhandlungen des Währungs-ausschusses nicht anzufinden wäre, wie vom Senat mitgeteilt worden sei. Auch findet der Senat nicht das vom Untersuchungsausschuß ebenfalls eingeforderte Abkommen des Senators Volkmann mit der deutschen Reichsbank betreffend Verpfändung von staatlichen Forsten und Domänen. Volkmann will auch von einem solchen Entwurf nichts wissen. Der Vorsitzende erlaubt den Zeugen Jewelowski, sich über die Angelegenheit zu äußern. Zeuge Jewelowski erklärt, daß alle Akten von dem Oberregierungsrat Böttcher erledigt worden seien, der auch die Präsenzliste des Währungsausschusses geführt habe. Bezüglich des Vertrages mit der Reichsbank behauptet Zeuge weiter, habe ein solcher Vertragsskizzen vorgelegen, der Volkmann in einer Senats-sitzung vorgelesen habe. Gegen diesen Entwurf habe Zeuge Protest eingelegt, was zur Folge hatte, daß Zeuge nach Berlin geschickt wurde und einen neuen Vertrag abgeschlossen habe. Er hatte eine von ihm und Volkmann unterzeichnete Vollmacht. Später habe Zeuge diesen abgeschlossenen Vertrag dem Senat vorgelegt, und jedem Senator einen Durchschlag überreicht. Wenn nicht ein

solcher Vertragsskizzen des Senators Volkmann vorgelesen hätte, wäre er ja auch nicht in die Lage gekommen, einen neuen Vertrag abzuschließen. Der als Senatsvertreter anwesende Senator Dr. Frank muß dann zugeben, daß J. einen Durchschlag eines Abkommens den Senatoren vorgelegt hat. Es wird dem Senat aufgetragen, nochmals nach dem Verbleib der verschwundenen Aktenstücke nachzuforschen und sie dem Untersuchungsausschuß vorzulegen.

## Angeblliche Beeinflussung von Zeugen.

Abg. Dr. Bumke weist auf einen Widerspruch des Zeugen Jewelowski hin, welcher in einem Schreiben an die Fraktionen des Volkstages bemerkt habe, daß er erst am Ende des Jahres 1922 Kenntnis von der „Danzig“-Angelegenheit erhalten habe, während aus den Aussagen von J. hervorgeht, daß er schon früher Kenntnis erhalten habe. Zeuge Jewelowski bemerkt, daß ihm wohl verschiedene zu Ohren gekommen sei, daß er aber eine abschließende, insbesondere amtliche Kenntnis erst am Ende des Jahres 1922 erhalten habe. Das sei auch in dem Schreiben so gemeint gewesen. Abg. Schwegmann (deutschnat.) erklärt, daß ihm Dr. Riehm vor der heutigen Sitzung gesagt habe, daß er (R.) zu J. nicht gesagt habe, daß er zu J. gekommen sei, um sein Gewissen zu erleichtern. Zeuge Jewelowski bleibt bei seiner früheren Behauptung stehen. Dr. Riehm und Dr. Peißer seien eines Tages zu ihm gekommen. Als Dedmantel diene eine andere Frage, doch sei die Sache sofort auf die Angelegenheit der „Danzig“ gekommen. Bei dieser Aussprache sei von Dr. Riehm und Dr. Peißer auch gesagt worden, daß sie ihr Gewissen erleichtern wollten.

Abg. Bürgerle (deutschnat.) fragt den Zeugen Jewelowski, ob es wahr sei, daß er im Laufe der Untersuchungsverhandlungen an neuen Briefen gefaselt habe, in welchen er diese in ihren Aussagen zu beeinflussen versucht hat. Zeuge Jewelowski erklärt, daß dieser Brief allgemein bekannt ist. Er habe nur an den Zeugen Zweifel nach dessen Aussagen einen Brief gefaselt, in welchem er ihm vorgeworfen habe, bewußt Unwahrheiten ausgesagt zu haben. Dieser Brief hatte den bestimmten Zweck, Zweifel zu provozieren.

## Allege vor dem ordentlichen Gericht zu erheben.

um dort die Aussagen mittels als bewusste Unwahrheit befestigen zu lassen. J. ist der Ansicht, daß durch den Untersuchungsausschuß keine Aufschuldigungen nicht vollends festgestellt werden. J. hat die Ueberzeugung, daß die ordentlichen Gerichte unparteiischer urteilen werden. Zeuge weist auch darauf hin, daß die Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß Komödie ist, da einzelne Zeugen ihre Aussagen schon geschrieben vor sich liegen hatten und die deutschnationalen Vertreter ein abgekartiertes Frage-spiel getrieben haben.

Abg. Gen. Wener findet es merkwürdig, daß Mitglieder des Untersuchungsausschusses während den Verhandlungen mit Zeugen in Verbindung treten. Vors. Gen. Kahn findet dieses nicht als verwerflich, da ein Untersuchungsausschuß doch anders sei, als wie ein ordentliches Gericht.

Abg. Dr. Bumke fragt den Zeugen Jewelowski, ob er mit Abgeordneten der Linken über die Untersuchungsangelegenheit gesprochen habe ihnen Material gegeben habe. Zeuge Jewelowski erklärt hierzu, daß ihn einmal der Abg. Dr. Kammtner auf die bevorstehende Untersuchung hingewiesen habe. Hierauf vertagt sich der Untersuchungsausschuß auf unbestimmte Zeit.

## Gedenkfeier für Rathenau.

Zwei Jahre sind verfloßen seit dem Tage, an dem der große Deutsche Walter Rathenau den Augen völkisch verheerter Dürre zum Opfer fiel. Unsere schmerzliche und leider auch vielfach nur sehr flüchtig-erlebte Zeit hat es mit sich gebracht, daß die Öffentlichkeit solche erschütternden Ereignisse nur zu schnell vergißt. Es war darum ein anerkennenswertes Verdienst der „Liga für Menschenrechte“, ihre Anhänger und Freunde zu einer Gedenkfeier für diesen großen Geisteskämpfer der Völkerverständigung und Völkerverständigung zusammenzurufen. Der große Saal der Naturforschenden Gesellschaft sah eine stattliche Zahl Besucher aus allen Bevölkerungsschichten und Altersklassen. Feierliche Trauerweisen des Prinz-Quartetts leiteten die Veranstaltung ein. Die Gedenkrede hielt die Führerin der demokratischen Jugend des Ländes, Alma Studt-Eising. Sie zeichnete ein umfassendes Bild des Menschlichen und Geistesheroen Rathenau. In vielen Einzelbildern gab sie Auschnitte aus seinem geistigen Schaffen und legte die Stellung Rathenau zu den Problemen der Zeit dar. Ihre warmempfundene Ausführungen wurden durch fast zu zahlreiche Vorlesungen aus den Werken Rathenaus vertieft. In dem stehend angehörten Vortrag von Rathenau's Verdingung des neuen Deutschlands Klang der Abend aus, der treu zu Gedenken an diesen großen Kämpfer einer neuen besseren Zeit geweiht und geweiht hat.

## Ein Briefmarder.

Bei der zweiten Verhandlung des Schmutzgerichts handelte es sich um die Unterschlagung von Entschreibebriefen mit Wertinhalt sowie um die Fälschung der Namen der Empfänger. begangen durch den ehemaligen Postausbehalter Bruno Mehrke im Juli vergangenen Jahres. Der Angeklagte war schuldig. Er wollte sich damals zur Zeit des Niederganges der deutschen Mark in sehr bedrängten Verhältnissen befinden haben. Erschwerend für seine Straftaten fiel ins Gewicht, daß er schon zwei Tage nach seiner Einstellung bei der Post mit den Unterschlagungen der Briefe begann. Die Geschworenen sprachen M. schuldig. Billigten ihm jedoch mildernde Umstände zu. Der Gerichtshof berücksichtigte bei der Strafzumessung ebenfalls die dem Angeklagten zugesprochenen mildernden Umstände, da es sich jedoch um einen groben Vertrauensbruch handelt, der das Ansehen der Postbehörde immer gefährdet, so sei die Strafe danach zu bemessen gewesen. Der Angeklagte wurde wegen Amtsentlassung und schwerer Urkundenfälschung zu einer Gesamtfürsorge von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde M. die Fähigkeit abgenommen, während der nächsten drei Jahre ein öffentliches Amt zu bekleiden.

Schupp als Streifbrecher-Schutzensack. Seit 14 Tagen kreifen die organisierten Streifbrecher-Schutzensack um merkwürdige Entlohnung. Die Balt.-Panz. A.-G. Rheinbr. Nr. 14 zeigt sich hohnrächig, tragend welche Ausbeutung der sehr schlechten Pöbels, die durchschnittlich 6 bis 7 Pf. betragen, zu gewöhnen. Sie versucht mit allen Mitteln Streifbrecher heranzuziehen, was ihr bisher nicht gelungen ist. Am gestrigen Tage fanden sich jedoch vier fragewürdige Gestalten ein, die in Begleitung von 3 Schutzensack auf den Fabrikhof geführt wurden, während die

Streifposten von denselben Schutzensack fortgewiesen worden sind. Der Deutsche Metallarbeiterverband ersucht die organisierte Arbeiterschaft, insbesondere die des Baugewerbes, im Interesse der streikenden Arbeiterschaft, jede etwa vorfindende indirekte Arbeit für die Balt.-Panz. A.-G. zu verweigern und diejenigen Arbeiter, die etwa Geldstrafen und Treffer dieser Gesellschaft transportieren oder bei den Banken einbauen, reparieren usw. als Streifbrecher zu betrachten und zu behandeln.

## Weitergehen!

Mit Begeisterung und heftiger Betrübnis las mancher brave Bürgermann vor einigen Tagen in Danzig „ausgeschnittene“ Presse längere, anscheinend behördlich inspirierte Betrachtungen über das mitleidige Verhältnis zwischen Polizei und Publikum in Danzig. In anderen Ländern, deren Bewohner noch vor gar nicht langer Zeit als Ausbunde aller Schlechtigkeit hingestellt wurden, sei das Verhältnis zwischen den Bürgern der öffentlichen Ordnung viel besser. Bürger und Polizei seien dort gute Freunde und leisteten sich gegenseitig Hilfe. Hier betrachteten weite Kreise die Polizei als eine feindliche Macht. Aufgabe des Streifschreibers wäre es nun auch gewesen, die Ursachen dieses Zustandes aufzuspüren. Sie sind gar leicht zu finden. Ob der Verfasser niemals etwas gehört hat von polizeilichen Übergriffen und Arrestantenmishandlungen? So manche Gerichtsverhandlung hat schon in diese Nachforschungen hineingeleuchtet. Sie verdienen Beachtung — trotz der obliegenden Freisprüche. Die Vorurteile sind natürlich nicht geeignet, ein Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Publikum herzustellen. Aber noch ein anderes kommt hinzu. Ein kleiner Zwischenfall, der sich am Freitagabend in der Fischergasse ereignete, ist typisch dafür und soll deshalb hier wiedergegeben werden.

Der unaussprechlich niederdrückende Regen hatte eine Anzahl Passanten unter den Vorbögen ireden lassen. Plötzlich erschien ein Polizist, der den Eindruck eines Arbeiters machte, mit 3 jungen Leuten und forderte die Ausweis-papiere, zwei Schutzpolizeibeamten gesellten sich hinzu. Ohne daß nun eine Veranlassung dazu bestand, brüllte der Polizist aus Leibeskräften los: „Weitergehen!“, obwohl nur vom Bürgersteig aus die vor dem Regen geküchelten Passanten den Vorgang beobachteten. Als sich jemand aus dem Publikum, in Erinnerung an den Hauptmann von Köpenick danach erkundigte, mit welcher Berechtigung er diese Aufforderung an das Publikum richtete, legitimierte sich der Schreier als ein abgetakelter Bauer. Selbstverständlich fühlte sich das Publikum dennoch brüskiert. Ausdrücklich soll jedoch festgestellt werden, daß die beiden Schutzpolizeibeamten sich korrekt benahmen. Sie hielten die Namen der Mitfahrer fest und ließen sie laufen. Anstatt nun, daß der ältere Polizeibeamte dem blutjungen Kollegen zeigte, wie man mit Zivilisierten und dem Publikum in vorbildlicher Weise verfährt, zeigte sich hier, daß der ältere von dem jüngeren lernen mußte.

Dieser kleine Vorfall deckt die Ursache des Mißverhältnisses zwischen Polizei und Publikum auf. Ein Polizeibeamter, der in England oder Frankreich mit harmlosen Passanten in dieser Weise verfahren hätte, ist dort unentbehrlich. Er würde sich dort andere für ihn passendere Bezeichnungen suchen. Dort Gefälligkeit und Zuvorkommenheit — hier der alte preussische Kommissar und Ueberheblichkeit. Solange dieses Sentiment in Danzig geduldet oder gar begünstigt wird, kann ein Vertrauen zwischen Publikum und Polizei nicht aufkommen.

## Die Bekämpfung von Baugeldern

mar Gegenstand einer Diskussion im Danziger Mieterverein. Nach Mitteilung des Abg. Morawski beträgt die Zahl der Wohnungsuchenden bereits 1333. Trotz dieser Wohnungsnot seien im April 30 Räumungsklagen verhandelt worden. Der Zugang an neuen Wohnungen ist nur gering: etwa 1200—1300 in den letzten 4 Jahren; wobei noch zu beachten ist, daß andererseits eine ganze Reihe Wohnungen wegen Bauzufälligkeit geschlossen werden mußten. Die wichtigste Frage in der Lösung des Wohnungsbauproblems ist die Beschaffung der Geldmittel. Der Vortragende schlug zur Aufbringung der Baugelder folgende Wege vor: Eine allgemeine Abgabe vom Einkommen; Weitererhebung der Verbrauchsteuer; Erhebung einer Wohnungs-Lohnsteuer; Eintragung einer Zwangshypothek auf solche Grundstücke, deren Besitzer ihre früheren Hypotheken mit entwerteter Papiermark zurückgezahlt hätten; Aufnahme eines Darlehns von 25 Millionen durch den Senat; dieses solle durch die vorerwähnten Zwangshypotheken garantiert werden.

In der Begründung dieser Forderungen führte Redner aus, daß eine Abgabe vom Einkommen gerechter sei, als eine solche nach dem Mietwert der Wohnung.

In der Aussprache wandten sich einzelne Redner gegen die Vorschläge des Referenten, und forderten, daß die für Wohnungsbauten erforderlichen Gelder, durch eine Vermögensabgabe oder durch eine Grundwerthsteuer nach dem Muster von Anhalt aufgebracht werden.

Polnische Geschäftsverhältnisse in deutscher Sprache. Der rege Geschäftsverkehr zwischen Polen und Danzig macht es zur Notwendigkeit, daß die beteiligten Handelskreise sich eingehend mit den einschlägigen Güter-tarifen und Beförderungsbedingungen der polnischen Staatsbahn vertraut machen. Dieses war bis jetzt in vollem Umfange nicht möglich, weil eine amtliche Uebersetzung dieser Vorschriften in deutscher Sprache nicht vorhanden war. Das Eisenbahnministerium in Warschau hat nun eine amtliche Ausgabe der polnischen Güter- und Beförderungs-vorschriften in deutscher Sprache herausgegeben und die hiesige Staatsbahndirektion mit dem Verkauf beauftragt. Der Preis der Telle I bis V dieser Vorschriften beträgt 10,50 Klein oder deren Gegenwert in anderer Währung und im Tarifbureau, Zimmer Nr. 124, der hiesigen Staatsbahndirektion erhältlich.

## Wasserstandsnotizen am 2. Juli 1924.

|            |        |        |                  |        |        |
|------------|--------|--------|------------------|--------|--------|
| Wischowitz | 30.6   | 1.7    | Aurgrab          | + 2,25 | + 2,30 |
|            | + 1,38 | +      | Mühlenterrasse   | + 1,74 | + 1,81 |
|            | 30.6   | 1.7    | Neck             | + 1,71 | + 1,83 |
| Wersbary   | + 1,93 | +      | Niedham          | + 1,77 | + 1,66 |
|            | 30.6   | 1.7    | Einlage          | + 2,27 | + 2,25 |
| Wisch      | + 1,34 | +      | Schleierhorst    | + 2,50 | + 2,52 |
|            | 1.6    | 2.7    | Regal:           |        |        |
| Thorn      | + 1,55 | + 1,40 | Schöner D. P.    | + 4,17 | + 6,18 |
| Gordon     | + 1,69 | + 1,51 | Belgenberg D. P. | + 4,57 | + 4,56 |
| Calin      | + 1,62 | + 1,50 | Neuhofen D. P.   | +      | +      |
| Grunden    | + 1,72 | + 1,58 | Amwachs          | +      | +      |



**Fortsetzung folgt.)**



## Die Tagung des I.D.N.

Vom 22. bis 25. Juni waren in Kassel die Delegierten des Zentralverbandes der Angestellten zu einem Verbandstages versammelt. In seiner Eröffnungsrede konnte der Vorsitzende Urban den Sekretär des Internationalen Bundes der Privatangeestellten Smith und Aufhäuser, den Vorsitzenden des I.D.N.-Bundes, willkommen heißen. Wir haben, so führte er aus, uns nach den schweren Erschütterungen der Inflationszeit schnell wieder erholt. Gerade diese Tagung zeigt, daß unsere Idee lebendig geblieben ist. Er schloß mit einem warmen Nachruf auf Franz Krüger, dessen wertvolle Arbeitskraft dem Verband geraubt ist.

Der Sekretär des Internationalen Bundes der Privatangeestellten Smith gab einen Überblick über die Lage der Angestelltenorganisationen in den wichtigsten Ländern Europas. Noch immer steht

### die deutsche Organisation an erster Stelle.

Keine andere ist so stark, so groß, so gut organisiert wie sie. Alle Bruderorganisationen im Ausland werden die Verhandlungen dieses Verbandstages mit Aufmerksamkeit verfolgen. Aufhäuser überbringt als Vertreter der I.D.N. die Grüße der anderen freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände und erwartet von dem zweiten Verbandstag, als dessen Vorsitzender Urban (Berlin) und Aufhäuser (München) gewählt werden, zukunftsweisende Arbeit.

In einer Geschäftsordnungsdebatte beantragte ein Delegierter die Zulassung der kommunistischen Presse zur Berichterstattung. Der Vorsitzende entgegnete, daß die kommunistische Presse, die die Bewegung systematisch mit Rot bewerbt, das Vertrauen nicht rechtfertigen würde, wahrheitsgemäß zu berichten. Der zurückgewiesene Vertreter der „Roten Fahne“ sei übrigens aus dem Verbande ausgeschlossen worden. Der Antrag wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Urban, der den Geschäftsbericht erstattete, hob besonders die Unterstützung hervor, die der Verband in der Zeit der größten Not durch den Internationalen Bund der Privatangeestellten erhalten hat. Infolge starker Arbeitslosigkeit, des Abbaues bei den Behörden und bei der Privatindustrie ist der Mittelstand zurückgegangen. Dennoch war der Verband imstande, einen weiteren Ausbau durchzuführen. Eine eigene Hausdruckerei wurde eingerichtet, die Mitgliederkrankenkasse erweitert und ein Erholungsheim an der Ostsee geschaffen, das im Juli den Betrieb aufnehmen soll. Die Gründung der „Freien Angestelltenvereinsvereine“ in Berlin sei auf Streiktagen persönlicher Art zurückzuführen; der Verband sei daher bereit, dessen Mitglieder jederzeit wieder aufnehmen. Für die gemeinsame Arbeit zwischen I.D.N.-Bund und I.D.G.B. erwartet Urban die Bildung einer Koordinationskommission. Unvereinbar mit freigewerkschaftlichen Grundgedanken sei die Mitarbeit in politischen und reaktionären Organisationen, die ihrerseits den Mitgliedern die Zugehörigkeit zum I.D.N. verbieten haben. Scharf attackierte Urban mit den kommunistischen Hebern innerhalb des Verbandes ins Gericht, deren gewerkschaftsverstößendes Treiben immer wieder den Beweis erbracht habe, daß mit den Kommunisten keine gemeinsame Arbeit geleistet werden könne. Unter lebhaftem Beifall der Delegierten konnte er die Forderung erheben, daß kein Mitglied der kommunistischen Partei zugleich Funktionär des Verbandes sein kann. Der Rest des ersten Tages war ausgefüllt mit dem Kassens- und Revisionsbericht und mit kurzen Referaten über das aus verschiedenen Nachblättern bestehende Verbandsorgan, über die Neuausgestaltung der Pensionskasse des Verbandes und über die eingebrachten Beschwerden.

### Unterbindung kommunistischer Berührungsbarbeit.

Im Vorderrunde der Verhandlungen des zweiten Tages stand ein Antrag Klatau-Berlin, daß Mitglieder der kommunistischen Partei und solche, die in deren Sinne tätig sind, nicht Verbandsfunktionäre sein können. Gegen diesen Antrag wandte sich Schönlank-Galle und Sorrer-Berlin. Beide verurteilten den Versuch, die kommunistischen Mitglieder des I.D.N. zu Mitgliedern minderen Ranges zu stempeln. Im Gegenzug dazu stellte Klatau fest, daß die Kommunisten systematisch und zielbewußt auf die Schädigung des Verbandes hinarbeiten. Nicht mehr von Idealen, sondern von ganz brutalen Geschäftsgründen sei die I.D.N. heute befeuert. Im Verlauf der Debatte wird außer an dieser Frage besonders eingehend auch zu den Differenzen in der Berliner Ortsgruppe des I.D.N. Stellung genommen.

Eine Reihe von Delegierten, so besonders Dr. Frank-Mannheim, kritisierten das Verbandsorgan, dessen Inhalt den Anforderungen der Mitglieder nicht genüge. Auch der Außerordentliche widmet der Verbandstag seine Aufmerksamkeit. Zahlreiche Delegierte fordern eine härtere erzieherische Einwirkung auf die Jugend, um zu verhindern, daß sich die Jugendlichen den negativen Verbänden an-

schließen und um gleichzeitig einen tüchtigen Nachwuchs für die zukünftige Entwicklung des Verbandes heranzubilden.

Gegen wenige Stimmen fand der Antrag Klatau-Berlin Annahme. Schönlank gab im Namen der kommunistischen Delegierten des Verbandstages die Erklärung ab, daß die kommunistischen Zentralverbände ihre Pflicht als Gewerkschaftler erfüllen würden.

Den wichtigsten Höhepunkt der gesamten Verhandlungen der drei Verhandlungstage bildet das Referat Schröder, des Leiters der sozialpolitischen Abteilung des I.D.N., über

### „Die Sozialpolitik und die Angestellten“.

Wir stehen, so begann er seine Ausführungen, vor dem Zusammenbruch der deutschen Sozialpolitik. Die „gesunde Sozialpolitik“, die von den Führern der Großindustrie auf dem Industrietage dieses Jahres gefordert wurde, ist eine kapitalistische Parteipolitik und überhaupt keine Sozialpolitik. Jede wahrhafte Sozialpolitik muß auf die Überwindung der kapitalistischen Produktion und auf eine grundsätzliche Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaft hinarbeiten. In seinen weiteren Ausführungen gibt der Referent einen allgemeinen Überblick über die Entwicklungsgeschichte der Sozialpolitik. Der Staat als Sozialpolitik, das ist die Voraussetzung für die wirtschaftliche Gestaltung der Gesellschaft und für eine höhere Entwicklung der Kultur. In dieser Auseinandersetzung mit dem Kapital wird die organisierte Angestelltenarbeit eine bedeutsame Rolle spielen. Wenn sie sich emanzipiert von ihrer bürgerlichen Tradition, um in die große Front der schaffenden Arbeit einzutreten, so wird sie zu einem Träger des „konstruktiven Sozialismus“ werden. Einkimmig wurde beschlossen, daß mit lebhaftem Beifall ausgenommene Referat Schröder als Broschüre des Verbandes erscheinen zu lassen.

Darauf erfolgt der Bericht der Beschwerdekommmission, die u. a. beantragt, zehn kommunistische Verbandsmitglieder der Ortsgruppe Berlin auszuscheiden. Nach einer ausgiebigen Diskussion werden diese Vorschläge mit großer Mehrheit angenommen. Eine noch umfangreichere Debatte entwickelt sich im Anschluß an den Bericht der Sektionskommission, die viele Veränderungen organisatorischer Natur vorschlägt. Daneben spielt die Frage, ob die drei Beiträge abgelehnt werden sollen oder nicht, eine große Rolle. Mit der Wiederwahl des alten Vorstandes schloß der Verbandstag.

## Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

**Schräglage der Kohlenpreise.** In der Mitgliederversammlung der Ruhrkohle-L.G. in Essen wurden die Kohlenpreise um durchschnittlich 20 Prozent herabgesetzt. Die Absicht umfangreicher Betriebsstillegungen ist zunächst fallen gelassen worden. Man will abwarten, ob infolge der Kohlenpreissenkung eine Erhöhung des Absatzes eintritt.

**Krisen-Wirkungen in der Ferner.** Die Wirkungen der deutschen Krise auf dem Weltmarkt treten immer mehr in Erscheinung, besonders die englischen Woll- und Baumwollmärkte. Die Textilindustrie, die seit langem so etwas wie ein Konjunkturbarometer abgibt, ist äußerst schwach beschäftigt. Die Ursache wird auf die finanzielle Krise auf dem Kontinent zurückgeführt. Als Kernpunkt der ganzen Lage erscheint die Notwendigkeit, den europäischen Abnehmern, die immer großen Bedarf haben, ausreichende Kredite zu gewähren. Nur unter dieser Voraussetzung rechnet man damit, daß zu den bevorstehenden Londoner Wollauktionen kontinentale, insbesondere aber reichsdeutsche Käufer in größerem Maße erscheinen werden. Der gesamte Wollmarkt, die Industrie einbezogen, macht zurzeit also eine empfindliche Krise durch und man erwartet eine Besserung nur in einer allgemeinen Währungsstabilisation sowie in einer finanziellen Reorganisation Deutschlands. Hinzu kommt noch, daß die Vereinigten Staaten zurzeit nicht in der Lage sind, als Käufer Hilfe zu gewähren, da sich ihre Nachfrage nach Rohstoffen und Halbfabrikaten im Mai und in der ersten Hälfte des Juni weiter vermindert hat und zurzeit auch nicht mit einer wesentlichen Belebung zu rechnen ist.

**Englische Klagen über russische Geschäftsmethoden.** Sir John Hewitt, der Vorsitzende der Russo-Caucasian Company, teilte den Aktionären der Gesellschaft mit, daß die Sowjetregierung ohne Angabe von Gründen angeordnet hat, daß die Gesellschaft innerhalb eines Monats aufzulösen soll. Die Erklärung ist im November 1922 erfolgt. Es handelt sich um eine private Gesellschaft, die aber die Hälfte ihrer Gewinne an die Sowjets abführte. Tee und Fertigwaren wurden eingeführt und russische Erzeugnisse dagegen ausgeführt. Während aber die Leistungen von englischer Seite etwa auf 30.000 Pfund Sterling kamen, konnten nur für etwa 10.000 Pfund Sterling russische Erzeugnisse ausge-

führt werden, weil die Sowjetbehörden stets Schwierigkeiten wegen der Ausfuhrerlaubnis bereiteten. So wurde z. B. der Ausfuhrzoll in einem Maße, ehe die russischen Güter den Hafen verlassen konnten, bedeutend erhöht. Nach dem Abgang des Schiffes wurde der Zoll dann wieder auf die frühere Höhe gesetzt. Die Gesellschaft mußte die Güter mit Verlust verkaufen. Vieles wurde die Erlaubnis zur Ausfuhr überhaupt nicht erteilt, was in letzter Zeit allgemein der Fall war. Unter solcherlei Schikanen, erklärte Sir John Hewitt, sei es überhaupt nicht möglich, Geschäfte zu machen. Die Gesellschaft in der kurzen Zeit von einem Monat aufzulösen, sei auch unmöglich. Man werde wissen, daß die Vorräte in kurzer Zeit abzugehen seien und deshalb die Preise drücken. Von den Geschäftsmethoden der Sowjets habe die Gesellschaft genug kennen gelernt, und sie könne sich glücklich preisen, daß das ohne finanzielle Verluste geschehen sei.

**Deutschlands Anteil am Weltmarkt ging seit dem Krieg gewaltig zurück.** Einige Zahlen sollen als Beleg hierfür dienen: Der Anteil Deutschlands an der Einfuhr Englands betrug 1913 10,46 Prozent der gesamten englischen Einfuhr, im Jahre 1923/24 (bis Ende März 1924) nur 3,08 Prozent. In der englischen Einfuhr war Deutschland als Lieferant statt mit 7,74 Prozent im Jahre 1913 mit nur 5,06 Prozent im Jahre 1923/24 beteiligt. In Schwedens Einfuhr war Deutschland 1913 noch mit 21,9 Prozent, im Jahre 1922 dagegen mit nur 8,95 Prozent, 1923 nur mit 7,8 Prozent beteiligt. Die deutsch-holländische Grenze haben 1913 insgesamt 15,7 Millionen Tonnen Waren überschritten, während es 1922 nur 8,5 Millionen Tonnen waren, vom Jahre 1928 — dem Jahr der Ruhrbesetzung — ganz zu schweigen.

**595 Betriebsstillegungen in Cassien.** Bei der schließlichen Regierung sind in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1924 und vom 1. April bis 31. Juni 285 Betriebsstillegungen aus dem Lande gemeldet worden. Allein in den drei Wochen vom 1. bis 21. Juni sind 180 Stillegungen zur Anzeige gekommen; täglich gehen noch weitere derartige Meldungen ein, durchschnittlich etwa 15 pro Tag.

**Der Sturz der Dänekrone.** Neben den neuen Sturz der Dänekrone ist man an der Kopenhagener Börse der Ansicht, daß er darauf zurückzuführen sei, daß die Regierung wegen der gesteigerten Devisenforderungen der Importeure sich genötigt sehe, große Mengen frei zu geben, um daraufhin den amtlichen Kurs zu senken.

**Nach in London.** Zwei große Nachkriegsgründungen, nämlich Große und Blackwell sowie Harper und Bean, besprachen die Reorganisation ihrer Kapitalien. Ersterer verlor 4.625.000 Pfund, letzterer 4.543.008 Pfund. Die Aktionäre akzeptierten den Vorschlag der Verwaltung, Reorganisation, die der zweiten weitesten sich, der Liquidation zuzustimmen und wählten ein Komitee aus fünf Aktionären, das mit den Direktoren zusammenarbeiten soll. Der Ausschuss erklärte offen, daß eine Liquidation keinen Penny ergeben würde.

**Abnahme des Notenumlaufs in Frankreich.** Der Wochenanweis der französischen Notenbank zeigt eine Abnahme des Notenumlaufs um 78 Millionen. Die Vorkasse an den Staat sind unverändert geblieben.

**Die italienische Elektrizitätsindustrie.** Die Kohlenarmut Italiens hat ein lebhaftes Bestreben nach sich gebracht, durch Ausnutzung der einheimischen Energiequellen vom Auslande unabhängig zu werden. Verstärkt wurde dieses Bestreben noch durch die Erfahrungen des Weltkrieges. 1898 lieferten die nuchbar gemachten Elektrizitätsquellen 86.000 Kilowattstunden; 1908 schon 425.000 und 1924 die bedeutende Menge von 1.750.000. Bis 1928 will man 2.250.000 erreicht haben. Dazu werden die großen Wasserkraften von Südtirol nicht unbedeutend beitragen. Alle (auch die Kohlenkraftwerke) Italiens erzeugen gegenwärtig etwa 5 Milliarden Kilowattstunden.

**10.000 neue Wohnungen in Wien.** Die Stadt Wien, die unter sozialdemokratischer Leitung steht, wird im nächsten Jahre 10.000 neue Wohnungen bauen. Es kommen aber für diese Wohnungen nur Mieter in Betracht, die schon vor dem Kriege in Wien ordnungsgemäß waren.

**Suroi**

## Vom „anderen Amerika“.

Von Adele Schreiber.

Langsam nähert sich das Schiff dem Festland. Im dünnen Nebel des dunklen Abends sieht man nichts als Tausende von Lichtern an unübersichtlichen Stellen hoch am Himmel ausgehängt, frei in der Luft schwebend — es sind die Feuertürme im Dunkel nicht erkennbaren Wolkenkräner. Umwickelt, feenhaft, dieser erste Eindruck der unerstlich wirklichen Geschäftshäuser New York, der unendlich überfüllten Insel Manhattan, die auf engem Raum so viel Menschen zusammenbringt, wie ganz Schweden bsp.

Wie etwa Berlin zu Dinsdahl oder Mothensburg o. d. Tauber verhält sich der Verkehr New York zu dem Berlins! Nicht in allen Farben, in unbegrenzter Hülle sich überziehende Wolken, Verkehr in nie erlebter Schnelligkeit, Dichte und Ordnung mehr überwältigender als in London, Paris, München und nicht abzählend die ganze Stadt hindurch. 1000 Autos in New York machen weniger Lärm als fünf in Rom, wo Tuten und Buzzen mit zum Vergnügen gehört. Hügelart, hügellos in unerschütterlicher Spektakel. Großartige Beherrschung der Verkehrsmittel macht Unglaubliches möglich — man packt sich schnell an.

Laßt europäische Begriffe und Maßstäbe daheim, sie passen in keiner Weise! Alles ist anders, überhaupt kaum vergleichbar. Nur 6 bis 10 Tagereisen entfernt — dennoch auch heute noch die Neue Welt, die junge Nation, die vor unseren Augen steht, ihre Prägung nach lange nicht abgeschlossenen hat. Eine gewaltige Frau von 30 Jahren feiert ihren Geburtstag. „30 Jahre sind ja noch gar kein Alter“, trösten sie ihre Neugierigen. „Simmi“, erwidert die Heisterle, „für eine Kathedrale nicht, aber für eine Frau!“ So relativ ist bei der Nation — Jahrhundert, ein paar Generationen — Kindheitszeit erst! Dazu kommt der nie verlassende Strom der Einwanderung, er läßt keine Rast, keine Aufzählung einzeln.

Man begreift den Kampf um die Weltbeherrschung dieses Jahrhunderts, der sonst, besonders jetzt, getrieben von der Not des zerstörten Europa, dem Expansionsdrang überfüllter Länder Amerika völlig überfremden würde. Man begreift das oft übermächtig stark betonte Nationalgefühl, während jahrhundertalte Verknüpfungen mit dem Heimatland durchlässig werden. Irregulären Ritt durch dieses Land haben, um die zahllosen verschiedenartigen Behandlungsweisen seiner Völkermorale miteinander zu ver-

schweigen. — so treibt denn alles auf Amerikanisierung zu — Politik, Presse, Schule!

Die sozialistische Partei, verhältnismäßig klein, hat durch kommunistische Perzeption schwer gelitten; sie ist überdies in ihrer Entwicklung sehr durch die Schnelligkeit, mit der sich immer der Aufstieg von einer Klasse in die andere vollzieht, gehemmt, so daß im wesentlichen das Proletariat sich aus den Fremden, aus neuen Einwanderern aller Länder, denen selbst das einigende Band der Sprache fehlt, besteht. Aber ohne Kenntnis des Wortes „Sozialismus“ schreiten überall Vorkämpfer, die ihrem Wesen nach sozialistisch sind, fort, ob sie nun für „Public Ownership“ (Vereinschaftsbesitz) oder für „Industrial Democracy“ eintreten, ob sie sich als „radikal“ oder als „liberal“ nicht nach dem Begriff politischer Liberaler, sondern im Sinne „Freiheitlicher“ bezeichnen. Sie sind antikapitalistisch, antikernelementarisch, für Volksregierung, Volksbesitz, Volksrecht, Volkserziehung in westlichem Umanismus.

Der amerikanischen Eigenheit entsprechend fällt auch der Kirche eine wesentliche Aufgabe bei der Erziehung zu fortschrittlichem Denken zu. Die Kirche als Gemeinde bemüht sich, den Kreis der ihr Nahestehenden in all seinen Interessen an sich heranzuziehen, als Zentrum religiöser, musikalischer, geistlicher, literarischer, geistlicher Betreibungen, je nach ihrer Richtung von konservativ-orthodox bis zu revolutionär-freigeistig. So ließ diesen Winter der Prediger von „St. Marks in the Bowery“ allmählich in seiner Kirche altgriechische Tänze in leichtester Gewandung vorführen, zur Freude von Kindern, zum Keraerall dröner Vorbeifahrer, denen er übrigens schließlich nachsehen mußte. Kino und Vortrag haben in der Kirche längst Heimatrecht erworben. Hinsichtlich der Zulassung von Rednern verschiedener Anschauung und Bekanntheit herrscht viel Toleranz. Unter Einklassung aller Formen sind manche Kirchen Brennpunkte freigeistlichen Kampfes.

Noch hält das amerikanische Großkapital, das sich in Wall Street verkörpert, die Nacht in Sünden — bricht wäre es, dies zu verkennen. Aber so wie neben dem Frankreich Frankreichs „das andere Frankreich“ steht, so war, aber zeitweise zur Schmach verurteilt, dennoch nicht auf die Dauer zu unterdrücken, so wächst auch drüben „das andere Amerika“, das der großen Weltbeherrschung und des Völkerrückens.

Das Fieberthermometer veraltet? Die bisherige Ermittlung des Temperaturverlaufs bei Kranken gab folgendes nur Stichproben. Diesen Mangel soll, wie „Die neue Welt“ mitteilt, ein elektrischer Reaktionsapparat beseitigen, der den

gesamten Temperaturverlauf mit allen seinen Schwankungen in fortlaufenden Kurven sichtbar macht. Ein Vorzug dieses neuen Verfahrens liegt auch in dem Umstand, daß der Patient nicht belästigt wird; der Apparat kann sogar während des Schlafes beim Patienten belassen werden. Das Prinzip besteht darin, daß eine feine Platindrähtle unter dem Einfluß der wechselnden Körpertemperatur ihren elektrischen Widerstand fortwährend ändert! Diese Widerstandsänderungen rufen ihrerseits entsprechende Veränderungen der Stärke eines die Platindrähtle durchfließenden Stromes hervor, die dann auf einen Papierstreifen übertragen werden. Die Länge der Schnur, welche die Spirale beim Kranken mit dem Reaktionsapparat verbindet, spielt keine Rolle. Man kann also jedes Bett, wenn man will, etwa nachts, mit dem Zimmer des Arztes verbinden, wo dann die Registrierapparate vereinigt sind; ja, die Neuordnung ermöglicht es sogar, das Lieber- oder Unterstreichen einer kritischen Temperatur dem Arzt oder der Krankenschwester durch ein Alarmsignal sofort zur Kenntnis zu bringen!

**Abkündigung des unentgeltlichen Schulunterrichts in Moskau.** Laut Beschluß der Moskauer Volkshochschulabteilung wird fortan in den Moskauer Schulen der ersten und zweiten Stufe Schulgeld erhoben, dessen Höhe von den Einkünften der Kinder abhängt, sowie der sozialen Stellung der betreffenden Eltern abhängt. Bezieht sich von der Zahlung von Schulgeld: Militärveteranen, Invaliden, Pensionäre, Lehrer, registrierte Arbeitslose, Arbeiter mit einem Jahresgehalt unter 60 Rubel und Waisen. In den Schulen der ersten Stufe beträgt das Schulgeld bei Personen mit einem Jahresgehalt bis 100 Rubel 1 Rubel monatlich und steigt auf 10 Rubel bei einem solchen von mehr als 200 Rubel. In den Schulen der zweiten Stufe beträgt das Schulgeld im letzten Halbe 15 Rubel.

**Scharie Patronen in einem Theaterrevolver.** Im jüdischen Theater in Warschau ereignete sich während einer Aufführung ein schwerer Unglücksfall, der die ganze Stadt in große Aufregung versetzt hat. Es wurde ein Stück gespielt, in dessen letzter Szene der Held die Selbstniederwerfung hat. Auf unauffällige Weise war dem betreffenden Schauspieler dazu ein scharf geladener Revolver übergeben worden. Der Schuss fiel und tötete im Zuschauerraum einen gewissen Jelen. Die Untersuchung ist im Gange.

**Vorgeschichtlicher Fund in Sibirien.** Im Mittelpunkt der Stadt Omsk in Westsibirien wurde bei Grabarbeiten das Skelett eines Mammut ausgegraben. In Sibirien sind bekanntlich die meisten Mammutreste gefunden worden.



## Eine Bekehrung.

In seiner Jugend war Richard Strauß, der jetzt Sechzig-jährige, von der Musik Richard Wagners nichts weniger als entzückt. Vielleicht war dabei auch der Einfluss seines Vaters Franz Strauß, des ausgezeichneten Hornisten des Münchener Hoforchesters und scharfen Gegners Wagners, von Bedeutung. Tatsache ist jedenfalls, daß der junge Strauß, als er sechzehnjährig zum ersten Male den „Lohengrin“ hörte, davon so enttäuscht war, daß er seinem Freunde Thüille, dem späteren Komponisten, schrieb: „Die Einleitung besteht aus einem A-Dur-Gefäßel der Geigen in den höchsten Lagen, was zwar klingt, aber furchtbar süß und krankhaft, wie die ganze Oper; nur die Handlung ist schön.“ Im selben Jahre hatte er Gelegenheit, den „Tristan“ zu hören; auch diesmal verfiel er sich der Musik gegenüber völlig ablehnend und äußerte sich Thüille: „Du kannst sicher sein, in zehn Jahren weiß kein Mensch mehr, wer Richard Wagner ist.“ Im Jahre 1878 hörte Strauß im Münchener Hoftheater, fünf Stunden in fürchterlichem Gedränge stehend, den „Siegfried“. Diesmal gab er seinen Eindruck in einem längeren Brief an

Thüille nieder, in dem es unter anderem heißt: „Gefangeweilt habe ich mich wie ein Wesp, daß ich's Dir gar nicht sagen kann, es war schrecklich. Von zusammenhängenden Melodien keine Spur. Ich sage Dir, eine Unordnung, daß Du Dir keinen Begriff machen kannst! ... Die Geigen erschöpfen sich in ewigen Tremolos, und das Blech in Geigenpassagen, und sogar das Blechordino hat Wagner angewandt, um nur alles recht schrecklich und infam zu machen. Wir haben die Ohren geirrt von diesen Mißgestalten von Akkorden, wenn man sie überhaupt noch so nennen kann, und der letzte Akt ist langweilig zum Berre ... Das Einzige, was wenigstens gestimmt hat, war der Gesang des Waldbogels. Der Anfang des dritten Aktes ist ein Lärm zu Ohrenzerreißen. Das Ganze kannst Du in hundert Taktten ausdrücken, denn es ist immer das Gleiche, immer gleich langsam, immer gleich langw ... Schrecklich, hundemäßig!“

Der erste packende Eindruck, den Strauß von der Größe Wagners erhielt, war denn auch kein musikalischer, sondern ein rein ideeller: die Verwandlung des Venusberges in das Bariburgial. „Tristan“ war ihm, wie bereits erwähnt, ein absolutes Chaos. Interessiert griff er dann (1880 und 1881)

zur Orchesterpartitur, und aus ihr ging ihm die Erkenntnis der künstlerischen Vollendung des Werkes auf. Tage und Nächte studierte er die Partitur heimlich, in wachsender tiefer Ergriffenheit. Richard Strauß hat sich also das Verständnis Wagners erarbeitet, und als er selbst, in Weimern, Weimar und München, daran gehen mußte, Wagners Bühnenwerke zu dirigieren, tat er dies mit größter Gewissenhaftigkeit und heiliger Ehrfurcht.

Ständige Zunahme der Zeitungen und Zeitschriften. Die aus dem 7. Nachtrag zur Zeitungspreislifte vom 10. Mai d.J. hervorgeht, haben die politischen Zeitungen und Zeitschriften wieder um 244 zugenommen, denen 91 Börsungen gegenüberstehen. Die Nachträge 2 bis 6 enthielten 1457 Neuererscheinungen und 384 Börsungen. Zusammen mit dem 7. Nachtrag kommen für die Zeit von Anfang dieses Jahres bis Anfang Mai 1701 Neuererscheinungen und 478 Börsungen in Frage. Die Zunahme beträgt somit 1223 Zeitungen und Zeitschriften. Der gegenwärtige Gesamtbestand beläuft sich auf 9684.

# Stets das Neueste

## Max Fleischer Nachflg.

Danzig, Große Wollwebergasse Nr. 9-10

Telephon Nr. 755

Größtes Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

### Osteuropäische Bank

A.-G.

Danzig, Langer Markt 3  
Tel. 5883-5891 u. 391



### BORG Zigaretten

preisgekrönt

bevorzugt der Kenner

### Tuchhaus Friedländer

Danzig, Schmiedegasse 4

empfehl

Herrenstoffe und Damentuche

### Kaufhaus Selonka

Häckerstraße 13  
Konfektion, Weißwäsche, Schuhe und Arbeitssachen

### F. W. Malzahn

DANZIG  
Breitgasse 84

Bettfedern und Daunen kaufe für Höchstpreise

### D. Lewinsky G.m.b.H.

Danzig, Langer Markt 2

Mechanische Kleiderfabriken

### Solinger Stahlwaren

kauft man bei  
EWALD VETTER NACHF., DANZIG  
Telephon Nr. 8048 Inhaber: KURT MORITZ Breitgasse Nr. 6

### CLAUSEN & STRYKOWSKI

Danzig, Weißmönchen-Hintergasse 1-2

Lager von Teppichen / Möbelstoffen / Divandecken

Dekorationsstoffen / Seidendamasten usw.

Engros - Export

Generalvertreter erster Textilwaren-Fabriken

### Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Meisterschutz!

Ohne Gewähr!

B 2)

Danziger Fernverkehr.

Danzig Hbf. - Dirschau und zurück.

Danzig ab 3<sup>00</sup>, 6<sup>00</sup>, 6<sup>30</sup>, 10<sup>00</sup>, 1<sup>15</sup>, 1<sup>30</sup>, W 3<sup>00</sup>, D 6<sup>00</sup>, D 6<sup>30</sup>, D 7<sup>15</sup>, D 8<sup>00</sup>, 8<sup>15</sup>, 8<sup>30</sup>, 10<sup>00</sup>.

Dirschau an 4<sup>15</sup>, 7<sup>15</sup>, 11<sup>15</sup>, 1<sup>30</sup>, 2<sup>00</sup>, W 3<sup>00</sup>, D 6<sup>15</sup>, D 7<sup>00</sup>, 8<sup>15</sup>, D 8<sup>30</sup>, 9<sup>15</sup>, 9<sup>30</sup>, 11<sup>15</sup>.

Dirschau ab 12<sup>30</sup>, 4<sup>00</sup>, W 7<sup>00</sup>, 1<sup>15</sup>, D 7<sup>15</sup>, 7<sup>30</sup>, D 8<sup>15</sup>, D 9<sup>00</sup>, 9<sup>15</sup>, D 10<sup>30</sup>, 1<sup>15</sup>, 1<sup>30</sup>, 5<sup>00</sup>, 5<sup>30</sup>.

Danzig an 1<sup>15</sup>, 6<sup>00</sup>, W 7<sup>15</sup>, 8<sup>15</sup>, D 8<sup>15</sup>, 9<sup>00</sup>, D 9<sup>30</sup>, D 9<sup>30</sup>, 11<sup>15</sup>, D 11<sup>15</sup>, 3<sup>15</sup>, 3<sup>30</sup>, 7<sup>15</sup>, 9<sup>30</sup>.

Es bedeutet: D=D-Zug, T=Triebwagen, 1=Fährt nur bis Hohenstein.

### E. G. Gamm's Kernseife

Seifenpulver und Bleichsoda

bekannt und bewährt! Überall erhältlich!

### Bittner & Schutz, Danzig

Telephon 7919 LIKÖRFABRIK Telephon 7919

Spezialität: Abtei, Blutorange, Curaçao

Erfüllend in sämtl. Verkaufsstellen der Konsum- und Spargenossenschaft!

### Solinger Schleiferei für alle Stahlwaren

EWALD VETTER NACHF., DANZIG

Telephon Nr. 8048 Inhaber: KURT MORITZ Breitgasse Nr. 6



### Exportverband der Polnischen Textil-Industrie, Lodz

Repräsentation: Ferdinand Specht

DANZIG = 11 Hundegasse 11 =

### Drucksachen

fertigt an

J. G. G. & Co., Am Spandauer 1

### Jewelowski-Werke A.-G.

DANZIG-LANGFUHR, HAUPTSTRASSE 98

Telephon: 3870, 5490-5495 :: Telegramm-Adresse: Dapoholz

### Holz-Import :: Holz-Export

Eigene Sägewerke: Konojady (Konojad), Biskupiec (Bischofswerder)  
Wierzuchin (Lindenbusch), Osie (Osche), Saueremühle (Zur Mlyn).

### Julius Goldstein

Junkerstraße 2-4, gegenüber der Markthalle

BILLIGSTE BEZUGSQUELLE

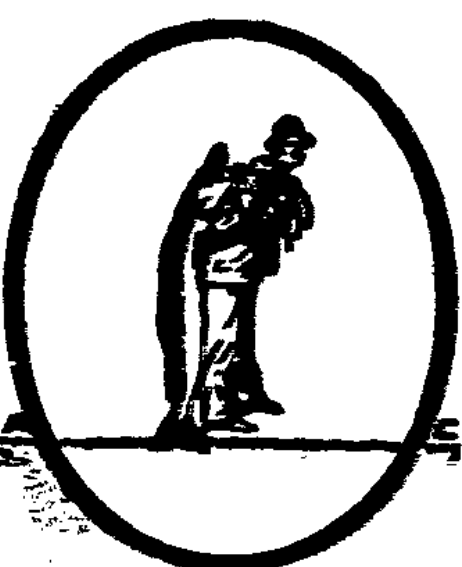
für Kurz-, Weiß- u. Wollewaren, Herren- u. Damenwäsche, Tischtücher, Schürzen

### Gebr. Heydasch

Feinpr. 1654 Wein- u. Spiritosenhandlung Feinpr. 1654

effizient

Fab- u. Flaschenweine / Feinspitz / Arrak, pur / Cognac, pur  
Jamaika-Rum, pur / Weinbrände / transit und verzollt



SCOTT'S EMULSION

### Pommerellische Akt.-Ges.

„TKANINA“

Grudziadz - Polen

TEXTILWAREN EN GROS

Filiale: DANZIG, Hundegasse Nr. 93

Ständiges sortiertes Lager in Woll- u. Baumwollwaren



Dieser Stiefel stellt  
jeden Käufer zufrieden!



Verantwortlich: für Politik i. V. Frh. Weber, für Dan-  
ziger Nachrichten und den übrigen Theil Frh. Weber,  
für Emigrirte Anton Hrofen, hiehmlich in Danzig.  
Druck und Verlag von H. Geshl & Co., Danzig.



## Gewerkschaftliches und Soziales.

**Forderungen der Kommunalbeamten.** Der Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens hielt in den Tagen vom 20. bis 22. Juni in Köln seinen 24. Verbandstag ab, der außerordentlich stark besucht war. Auf der Tagung wurde u. a. beschlossen, die Zahl der Erholungsheime des Verbandes zu vergrößern und für die Gewährung von Kurbeihilfen erhebliche Mittel herbeizuführen. Die weiteren Verhandlungen galten der Personalabbau-Verordnung, deren schnellste Beilegung gefordert wurde, dem Beamtenrätegesetz, der Beamtenbezahlung und dem Bezahlungssperregesetz. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die zum 1. Juni getroffene Bezahlungsregelung als besonders für die unteren Gruppen absolut unzulänglich verurteilt. Eine weitere Entschließung fordert die schnelle Schaffung eines Beamtenrates und erwartet vom Reichstag, daß er unverzüglich dazu die Initiative ergreife. Die Entschließung verlangt ferner die Neuordnung des Kommunalbeamtenrechts, durch das die rechtliche Gleichstellung der Kommunalbeamten mit den Reichs- und Staatsbeamten geschaffen werden müsse.

**Die Löhne in den Vereinigten Staaten.** Bis vor kurzem war das allgemeine Lohnniveau in den Vereinigten Staaten sehr hoch und betrug ein Vielfaches des europäischen. In den letzten Wochen werden aber beträchtliche Lohnsenkungen gemeldet. So haben die größten Kohlengesellschaften im Pittsburg-Bezirk die Löhne um 15 bis 20 v. H. herabgesetzt, in den Textilfabriken sind teilweise Lohnsenkungen um 10 v. H. durchgeführt, teils solche in Aussicht gestellt. In dieser Industrie wurden bereits Lohnkämpfe angekündigt. Infolge des Rückganges der Konjunktur ist nämlich kein Arbeitermangel mehr vorhanden, weshalb in erster Linie die Löhne gesenkt werden. Allerdings zeigen auch die Preise, besonders in der Stahl- und Eisenindustrie, eine sinkende Tendenz. Sie werden aber in geringerem Ausmaß herabgesetzt als die Löhne. Angesichts der Konjunkturrückgänge nehmen bereits die Fragen in bezug auf die Förderung der Ausfuhr und Drosselung der Einfuhr einen größeren Raum ein als in

den letzten Jahren, wo die Produktion beinahe gänzlich auf den inländischen Verbrauch eingestellt war. Der Metallindustrie und auch anderen Industrien, wie der Schuhindustrie, haben andere überseeische Staaten, die inzwischen ihre Metallgewinnung beim. ihre verschiedenen Industriezweige entwickelt haben, eine Konkurrenz gemacht, die erst jetzt fühlbar wird. Auch konnte die englische Textilindustrie in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten ein gutes Absatzgebiet finden. Dieses soll ihnen durch Einfuhrverbote und Schutzollerhöbungen wieder abgejagt werden.

**4½ Millionen Genossenschaftsmitglieder in England.** Auf dem kürzlich stattgefundenen jährlichen Britischen Genossenschaftskongress stellte der Präsident des Kongresses, Ch. A. B. Saxton, fest, daß die britische Genossenschaftsbewegung heute einen Mitgliederstand von 4½ Millionen Mitgliedern aufzuweisen hat. Ihr auf Genossenschaftsanteile eingezahltes Kapital betrug für das Rechnungsjahr 1923 rund 81 692 702 Pfund Sterling (also rund 1½ Milliarden Goldmark), ihr Umsatz im Kleinhandel beläuft sich auf 169 582 357 Pfund Sterling (rund 3 Milliarden Goldmark), während zur selben Zeit der Wert ihres Warenlagers 85 Millionen Pfund Sterling (rund 665 Millionen Goldmark), ihr Reservefonds 11 Millionen Pfund Sterling (rund 100 Millionen Goldmark) und der reine Uberschuß etwas über 15 Millionen Pfund Sterling (rund 265 Millionen Goldmark) ausmachte. Die Genossenschaften beschäftigten insgesamt 183 195 Arbeiter. In beiden hatte die Entwicklung nur durch das Ausfallen der Privatfirmen und die zunehmende Kreditgewährung. Saxton wies ferner darauf hin, daß die Mitglieder am Ende des Rechnungsjahres den Genossenschaften rund 3 Millionen Pfund Sterling, also rund 56 Millionen Goldmark, schuldig seien. Der Warenaustausch mit den russischen Genossenschaften hat sich gut entwickelt, so daß, wie Saxton ausführte, an die Gründung einer internationalen genossenschaftlichen Großhandelsgesellschaft (International Cooperative Wholesale Society) ernstlich gedacht werden kann. — Der Kongress beschäftigte sich weiter mit der Anregung einer mit Hilfe genossenschaftlichen Kapitals zu gründenden Tageszeitung, die im Gegensatz zum „Daily Herald“,

der im wesentlichen ein Rahnpflicht der Arbeiterkassette sei, dem konstruktiven Sozialismus zu dienen habe. Es wurde beschlossen, auf eine solche Gründung hinzuwirken.

**Die Arbeiterbewegung auf Rußland.** Auf Rußland, das 3 200 000 Einwohner zählt, gibt es circa 150 000 organisierte Arbeiter. Am besten organisiert sind die Tabakarbeiter, Gasenarbeiter, Seelenste, Eisenbahner und Eisenbahnarbeiter, die Schreiner und die Arbeiter der Lebens- und Genussmittelindustrie. Die größten Organisationen haben die Eisenbahner mit 50 000 und die Tabakarbeiter mit 20 000 Mitgliedern. Die kubanische Regierung hat es indessen nicht für nötig erachtet, anlässlich der letzten internationalen Arbeitskonferenz einen Arbeiterdelegierten zu ernennen. Als Grund führte sie das Fehlen einer eigentlichen Gewerkschaftsbewegung an. Die Arbeitergruppe hat auf der Konferenz mehrere Male wegen der Abordnung unvollständiger Delegation protestiert, und zwar mit dem Resultat, daß nun auf der in Genf tagenden Arbeitskonferenz tatsächlich ein kubanischer Arbeiterdelegierter anwesend ist.

**Die entlaufene Wirtin in der Flugzeugfabrik.** In dem Pariser Vorort Billancourt spielte sich ein aufregender Vorfall ab. Einer erst vor kurzem in Asien gefangenen Wirtin, die von einem Dompteur in einem nach oben zu offenen Käfig im Hofe seines Hauses gefangen gehalten wurde, gelang es, das Gitter zu erklimmen und zu entlaufen. Die Wirtin begab sich zunächst auf das Nachbargrundstück, wo sie eine Klette, die ihr jedenfalls zu mager war, ruhig laufen ließ. Darauf durchlief sie mehrere Straßen und einen Platz und kam schließlich in eine Flugzeugfabrik. Dort tauchte sie plötzlich zum großen Entsetzen der Arbeiter in der Montagehalle auf. Ein Mechaniker rettete sich zunächst auf seine Maschine und entkiffte durch ein Dachfenster, während die anderen Arbeiter auf allen möglichen Wegen zu entfliehen suchten. Um das wilde Tier nicht zu reizen, ließ man alle Motoren stillstehen. Kurz darauf erschien der Dompteur in Begleitung seines Bruders und fing mit Hilfe eines Laßes und glühender Eisenstangen die Wirtin wieder ein und brachte sie in ihren Käfig zurück.

## Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Samst., Mittwoh., den 2. Juli, abends 7½ Uhr:

### Erdegeist

Tragödie in 4 Aufzügen von Frank Wedekind.  
In Szene gesetzt von Oberregisseur Herrn. Metz.  
Personen wie bekannt. Jede gegen 10½ Uhr.  
Donnerstag, den 3. Juli, abends 7½ Uhr: Königs-  
kinder.  
Freitag, den 4. Juli, abends 7½ Uhr: Die verurteilte  
Rach. Schwank.

## Reparaturen an Fahrrädern

werden fachmännisch und  
schnellstens ausgeführt

**Max Ventzki**  
Scheibenergasse 4  
(früher Handergasse 35)

### Reinigung:

## Reinigung:

von Oscar Blum.

Preis: 10.50 G.

Buchhandlung „Volkswacht“  
Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32

**ANZÜGE**

## NACH MASS

Um auch meiner Maßkundenschaft Gelegenheit zu geben, einen guten Maßanzug zu Sonderpreisen zu erwerben, fertige ich ab heute zu nachfolgenden sehr billigen Preisen

aus guter Kammgarn- und Cheviot-  
Qualität, blau und farbig

**185<sup>00</sup>**  
G

aus besten reinwoll. Gabardine- und  
Kammgarn-Qualität, elegante Verarb.

**200<sup>00</sup>**  
G

aus nur la reinwollenen Gabardine- und  
Kammgarn-Qualitäten, feinste Verarb.

**225<sup>00</sup>**  
G

Beachten Sie mein Spezialfenster!



**Rudolf**



**Brzezinski**

Holzmarkt 24



Gesunde, 6 Wochen alte

### Ferkel

stehen billig z. Verkauf  
Ohra-Niederfeld 79 Ehle

### Gute Nähmaschine

umständlicher zu verkaufen.  
Grenadiergasse 34, 2 Tr. (f)

### Altes Sofa

billig zu verkaufen. Sand-  
grube Nr. 51 b, Seitenhaus,  
1 Treppe, rechts.

### 1 grauer Sommeranzug

Gr. 1.73, ein selbstg. Rock  
sowie ein Petroleumosen  
zu verk. Langfuhr, Fieber-  
weg 21, 1 Tr. Wiedmann. (f)

### Grauer Anzug

(kl. Figur) und Cutaway  
billig zu verkaufen. Reuter,  
Promenade 16 (f)

### Eine Gliskiran

kann sich melden bei Lisch,  
Weinbergstraße 41, 1 Tr. (f)

**Mädchen**, das zu Hause  
in kl. Haushalt für ganzen  
Tag gesucht Frau Lange,  
Danzig, Bastion Wolf 4 d.

### Handwerker

geprüfter Heizer, sucht Be-  
schäftigung als Portier  
Wächter, Bote oder dergl.  
Angebote unter Nr. 1280  
an die Exped. d. Volksst. (f)

Das Oberversicherungsamt Danzig hat durch seine Entscheidung vom 25. 3. 24 festgestellt, daß die Versorgung der Mitglieder und Familienangehörigen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Zoppot durch die angestellten Aerzte ausreichend sei. Trotzdem haben die Danziger und Zoppoter Aerzte in zahlreichen Fällen von Ohren-, Augen- und Kinderkrankheiten ärztliche Hilfe geleistet, um die Kranken vor schweren Schäden zu bewahren.

Da das humane Verhalten der Danziger und Zoppoter Aerzte von der Allg. Ortskrankenkasse Zoppot dankbar bemerkt wird, die letzteren demnach und schwer in ihrer Existenz zu schädigen und ihre Pflichten gegenüber ihren Mitgliedern fortgesetzt zu vernachlässigen, haben die in der Berufsvereinigung der Aerzte der Fr. St. Danzig zusammengeschlossenen Aerzte den Beschluß gefaßt,

von nun an ärztliche Hilfe den Mitgliedern und Angehörigen der Zoppoter Allg. Ortskrankenkasse nur in Fällen gegenwärtiger, nur durch sofortiges Eingreifen abwendbarer Lebensgefahr zu leisten.

Die Verantwortung für die sich aus dieser Sachlage ergebenden etwaigen Schädigungen der Versicherten muß die Ärzteschaft den dafür verantwortlichen Stellen überlassen.

**Berufsvereinigung der Aerzte  
der Freien Stadt Danzig E. V.**

## Frauenwelt

Eine Halbmonatsschrift

Setzt  
mit sämtlichen  
Schnitten auf einem Bogen  
im Heft 15 Pfennig mehr.  
Ohne Schnitt  
40 Pfg.

Zu beziehen durch:

**Buchhandlung Volkswacht**

Am Spandhaus 6 Paradiesgasse 32

## Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind  
billig und erfolgreich.

Institut für  
Pfefferstadt  
Nr. 71, 1 Treppe  
2 Minuten vom  
Hauptbahnhof.

## Zahnleidende

Durchgehende Sprechzeit von  
morgens 8-7 Uhr abends  
Sonntags von 9-12 Uhr vorm.

**Geleitet** von dem Bestreben, den höchsten Anforderungen  
des zahnleidenden Publikums gerecht zu werden, be-  
trachte ich es als **Hauptaufgabe**, jedem Zahnersatz-  
bedürftigen sachgemäße Behandlung angedeihen zu lassen. Jeder  
sicht selbst ein, daß aus **gesundheitlichen Rück-**  
**sichten ein Zahnersatz unbedingt notwendig** ist, da zum  
**größten Teil alle Magenkrankheiten** auf die Ursache  
eines schlechten Gebisses zurückzuführen sind.

**Erstklassige Ausführung** in naturgetreuer, festsitzen-  
dem Zahnersatz unter  
Berücksichtigung, daß die Gebisse angenehm leicht sind. Repara-  
turen, Umarbeitungen in einem Tage, Zahnziehen bei Bestellung  
kostenlos. Kronen und Brückenarbeiten in Gold u. Goldersatz.  
Stützähne usw. (13134)

**Plombieren** mit den neuesten Apparaten wird sehr schonend  
und gewissenhaft ausgeführt.

**Schmerzloses Zahnziehen** betreffend wird speziell  
hingewiesen auf die An-  
erkennungen und Empfehlungen der vielen bisherigen Patienten.

**Die Preise** sind sehr niedrig, Zahnersatz pro  
Zahn von

Zahnziehen mit Betäubung, Plomben von **2 Gulden** an.  
Nur zeitliche hygienische Operationen. — Eigenes Laboratorium.  
Anwesende Patienten werden möglichst zu einem Tage behandelt.